

Niederösterreichische Landtagswahl 2008 und die standortpolitischen Folgen

Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen

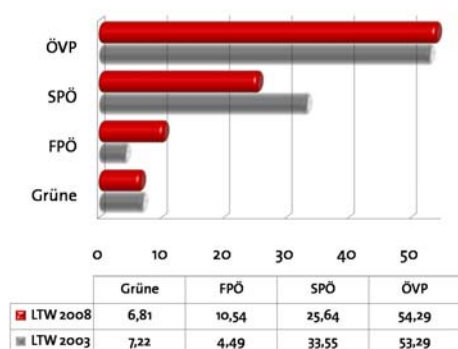
Peter Hajek, Walter Osztovcics, Christian Thonke, Andreas Kovar

Inhaltsverzeichnis

Ergebnisse der Landtagswahl	1
Analyse der Kampagnen	2
Politische Szenarien für Bund und Land	5
Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen	7

1. Ergebnisse der Landtagswahl

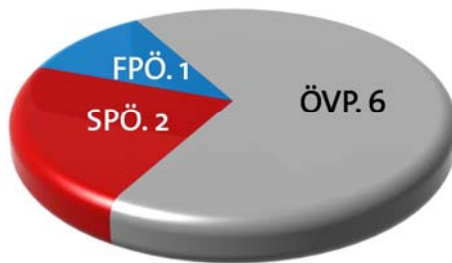
Als erste Landtagswahl seit der Wiederbelebung der Großen Koalition bot die Niederösterreich-Wahl eine spannende Ausgangslage. Vor dem Hintergrund einer konfliktbeladenen Regierungskoalition auf Bundesebene gelang es Erwin Pröll, die absolute Mehrheit zu verteidigen und sein gutes Ergebnis von 2003 sogar noch



auszubauen. Damit hat die niederösterreichische VP ihr Wahlziel erreicht.

Die SPÖ unter Heidemaria Onodi verfehlte ihr Wahlziel (Zugewinne) hingegen deutlich und musste im Vergleich zur Landtagswahl 2003 Stimmenverluste von mehr als sieben Prozent hinnehmen.

Landesregierungsmitglieder



Über ein starkes Plus konnte sich die FPÖ mit Spitzenkandidatin Barbara Rosenkranz freuen. Die Freiheitlichen erreichten mehr als 10 Prozent und landeten damit klar auf Platz 3 vor den Grünen. Noch dazu wird Barbara Rosenkranz in die Landesregierung einziehen, was doch überraschend kam.

Die Grünen mussten nur geringe Verluste hinnehmen, was jedoch angesichts des Wahlziels, in die Landesregierung einzuziehen, einer echten Niederlage gleichkommt. Diese ist aber hausgemacht, konnten die Grünen doch nicht einmal

Mandate



in ihren Hochburgen, speziell im Wiener *Speckgürtel*, zulegen. Zudem besteht die Gefahr, dass ein Grünes Mandat (derzeit vier) nach Auszählung der Briefwahlkarten noch zur ÖVP wandert. Damit verlören die Grünen den (finanziell) wichtigen Klubstatus im Landtag.

2. Analyse der Kampagnen

ÖVP: Mobilisierung trotz Siegeserwartung

Erwin Pröll hat die schwierige Ausgangssituation eines als sicher geltenden Wahlsiegs und der schlechten Performance der Bundesregierung in eine strategische Stärke umgewandelt. Um zu verhindern, dass ÖVP-nahe Wähler erst gar nicht zu den Urnen gehen, hat Pröll die Niederösterreich-Wahl zur Entscheidung für oder gegen eine schleppende Regierungsarbeit à la Große Koalition gemacht. Durch einen klaren Anti-Regierungskurs grenzte er sich geschickt von der zankenden Koalition ab. Darauf aufbauend wurde argumentiert, Niederösterreich könne nur durch klare Mehrheitsverhältnisse einer ähnlich zähflüssigen, von Streitereien überschatteten politischen Arbeit entgehen.

Neben dem Mehrheitsthema, das das Leitmotiv des Wahlkampfs war, besetzte die ÖVP vor allem klassische SPÖ- und FPÖ-Themen. So positionierte sich die Partei auf der einen Seite im Bereich Soziales, einem traditionellen Feld der SPÖ, auf der anderen Seite beim Sicherheits- und Asyl-Thema, bei dem der Landeshauptmann eine harte Linie fuhr, um sehr konservativen Wählern ein Angebot zu machen.

Neben der breiten Positionierung im thematischen Revier anderer Parteien drückte sich der Machtanspruch Prölls auch darin aus, dass die Plakate und Wahlkampfutensilien statt in schwarz in blau-gelb, also in den Landesfarben gehalten wurden. Der Wahlkampf war klar auf Erwin Pröll zugespielt, und gipfelte in Popstar-ähnlichen Auftritten Prölls bei seinen Wahlveranstaltungen vor Anhängern.

SPÖ: In der Doppelmühle

Ärger der traditionellen Stammwähler über die Performance der Bundesregierung, dazu ein übermächtiger Landeshauptmann, der systematisch die Kernthemen der Sozialdemokratie besetzte: Die SPÖ hatte im Wahlkampf mit Problemen auf beiden Seiten zu kämpfen. Zwar vertraute die Partei unter dem Motto „Niederösterreich braucht mehr Herz“ auf klassisch sozialdemokratische Themen wie Arbeit, Kinderbetreuung und Gesundheit – aber genau diese Themen wurden ihr von der ÖVP streitig gemacht.

Zudem entschied sich Spitzenkandidatin Onodi gegen einen Konfrontationskurs mit Pröll. Strategisch wäre das im Wahlkampf auch schwierig gewesen, denn nach jahrelanger konstruktiver (Kritiker sagen: willfähriger) Zusammenarbeit hätte ein scharfer Anti-Pröll Kurs womöglich noch mehr an Sympathien und Glaubwürdigkeit gekostet als die positive Nichtangriffs-Strategie. Zweifellos aber machte es die gewählte Linie schwierig, die SPÖ scharf von der Landeshauptmann-Partei abzugrenzen und den Wählern klar zu machen, was denn durch eine Stärkung der SPÖ im Land anders würde.

Onodi hatte nicht nur mit einem negativen Imagetransfer der Bundes-SPÖ zu kämpfen (Stichwort „Umfaller“), sondern schlitterte auch in eine personelle Debatte. Mitten im Wahlkampf wurde Kritik aus eigenen Reihen an ihrer Person

laut und die Behauptung gestreut, dass Onodi nach verlorener Wahl gegen Staatssekretärin Christa Kranzl ausgetauscht würde, was letztere nur halbherzig bestritt.

Auch die Verwicklung niederösterreichischer Politiker in die Innenministeriums-Affäre konnte die SPÖ nicht gegen die ÖVP nutzen. Hier holte Pröll frühzeitig zum Gegenschlag aus, und stellte die Debatte als Verunglimpfung der verstorbenen Ministerin Prokop dar.

Alles in allem führte die SPÖ einen Wahlkampf ohne Akzente, in dem sie weder mit Zukunftsvorschlägen, noch mit der gegen Ende hin schon eher angeschlagenen Spitzenkandidatin punkten konnte.

FPÖ: Heimat, Kinder und Protestwähler

Mit der NÖ-Wahl hat die FPÖ ihre in 6 Jahren Regierungsbeteiligung verlorene Position als Sammelbecken aller Unzufriedenen zurückgewonnen. Mit Barbara Rosenkranz an der Spitze setzte die Partei auf traditionelle FPÖ-Themen, vermied aber geschickt allzu heftige Provokationen. Unter dem Slogan „Mut zur Heimat“ wurde das Ausländerthema – vorrangig in Hinblick auf die Öffnung der Schengen Grenze – gebracht, angereichert durch das Thema „Kinder“, das Rosenkranz als 10-fache Mutter auch authentisch vertreten konnte. Mit dem Slogan „Unser Land für unsere Kinder“ sprach die FPÖ die rückläufige Geburtenrate an und trat für Anreize für Eltern ein, wieder mehr Kinder zu bekommen.

Die FPÖ fuhr eine stimmige und relativ risikolose Kampagne. Rosenkranz wiederholte nicht den Fehler der Grazer Spitzenkandidatin Susanne Winter, zu sehr zu polarisieren.

Grüne: Solide, mutig, aber zu wenig spannend

Die Grünen entschieden sich für einen soliden Wahlkampf. Das klassische Grün-Thema Klimaschutz wurde mit Themen verbunden, die auch Wähler ansprechen, denen der Umweltschutz weniger am Herzen liegt, beispielsweise dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Zielgruppe Pendler) oder dem Fluglärm.

Zudem entschieden sich die Grünen als einzige Partei, Pröll anzugreifen, und thematisierten dessen Allmacht in Niederösterreich. Problematisch war, dass sich Erwin Pröll auch im Bereich Klimaschutz positionierte – mit der Möglichkeit, Vorschläge als Landeshauptmann auch umzusetzen.

Darüber hinaus schafften die Grünen es aber nicht, den Wählern ein konkretes Angebot zu machen. Spitzenkandidatin Madeleine Petrovic konnte keine neuen Wählergruppen ansprechen. Traditionell stehen Spitzenkandidaten für Grünwähler nicht im Vordergrund. Es stellt sich für die Grünen aber trotzdem die Frage, ob ein Generationswechsel in Niederösterreich nicht angebracht wäre.

3. Politische Szenarien für Bund und Land

Landespolitische Effekte

Auf Landesebene wurde die bestehende politische Großkonstellation trotz aller Veränderungen bestätigt: Prölls ÖVP behält die absolute Mehrheit und wird versuchen, die SPÖ neuerlich in eine Koalition einzubinden. Die SPÖ hat auf ihre Wahlniederlage bereits reagiert und Heidemaria Onodi gegen Josef Leitner, den bisherigen Klubchef der SPÖ im Landtag, ausgetauscht. Leitner kündigte in einer ersten Stellungnahme eine komplette Umstrukturierung der Partei an, ließ aber zunächst offen, ob er tatsächlich wieder einen Koalitionspakt mit Pröll schließen wolle (Anm.: Die Landesverfassung sieht eine Proporzregierung vor, gemäß Wahlergebnis stehen der SPÖ zwei Regierungssitze zu. Sie kann diese allerdings mit Landesräten ohne Ressortverantwortung besetzen und formale Zusammenarbeit mit der ÖVP ablehnen).

Von Kennern der SPÖ NÖ wird Leitner als erfahrener Verhandlungsführer eingestuft, der Einfluss lieber hinter den Kulissen ausübt. Ein dauerhaft scharfer Oppositionskurs wird von ihm nicht erwartet. Sehr wohl könnten aber die nächsten Monate von kontroversieller Rhetorik geprägt sein.

Der Einzug von Barbara Rosenkranz in die Landesregierung wird an der landespolitischen Stellung ihrer Person wenig ändern. Allerdings wurde die FPÖ insgesamt so gestärkt, dass ihre Themen und Forderungen künftig höheres politisches Gewicht erhalten.

Personelle Rochaden

Was die handelnden Personen (und damit die primären Ansprechpartner für Unternehmen) in der Landesregierung betrifft, so zeichnen sich vorerst in der VP-Riege keine Änderungen ab. Sehr wohl gibt es Gerüchte. So wird kolportiert, dass Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky (sie ist auf einem NÖ Ticket in der Bundesregierung) durch den bisherigen NÖ Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka ersetzt werden soll – das Gerücht wird aber ebenso konsequent dementiert.

Sicher wird es hingegen zu Rochaden im Kreis der SP-Landesräte kommen. Bisher waren Heidemaria Onodi, Emil Schabl und Karin Kadenbach in der Landesregierung für Gemeinden, Soziales und Gesundheit zuständig. Künftig wird es nur noch zwei SP-Landesräte geben. Onodi wird durch den neuen Landespartei- und Landesrat Josef Leitner ersetzt, der bereits im Vorfeld einen weniger konsens-orientierten Kurs angekündigt hat. Schabl hat in seiner Heimatgemeinde Hirtenberg den prozentuell höchsten SP-Verlust aller Gemeinden hinnehmen müssen, und könnte somit ebenfalls ausgetauscht werden.

Denkbar ist zudem, dass Barbara Rosenkranz als neue FPÖ-Landesrätin die Gesundheitsagenden übertragen bekommt, da sie ja bereits als Abgeordnete zum Nationalrat Obfrau des Gesundheitsausschusses im Parlament gewesen ist. Ihr Einfluss in diesem Bereich relativiert sich aber natürlich durch die absolute Mehrheit der VP und durch die Kontrolle der Finanzen in diesem Bereich durch Landesrat Wolfgang Sobotka (VP), der stets ein waches Auge auf diesen Bereich hatte.

Bundespolitische Effekte

Auf Bundesebene wird die Landtagswahl nachwirken. Die Niederlage der SPÖ in Niederösterreich ist auch eine der Bundespartei. Zu groß sind die Verluste in den Städten und ehemaligen Hochburgen, als dass man zur Tagesordnung übergehen könnte. Kanzler Gusenbauer wird zunehmend unter Druck geraten.

Die ÖVP könnte versuchen, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen, und vorzeitig in Neuwahlen gehen, was aber aus heutiger Sicht mit einem hohen Risiko verbunden wäre. Die Festlegung der SPÖ auf eine vorgezogene Steuerreform engt den Spielraum des Kanzlers stark ein, so dass Neuwahlen fast unausweichlich erscheinen, sofern beide Koalitionspartner auf ihren Positionen beharren.

Letztlich hat sich für beide Koalitionsparteien das bestehende Dilemma verstärkt. Sowohl ÖVP als auch SPÖ sind dem Unmut ihrer Stammwähler und Funktionärskader ausgesetzt, weil die Koalition auf Bundesebene den Eindruck macht, nicht gut zu funktionieren. Beide müssen befürchten, bei baldigen Neuwahlen Stimmen zu verlieren. Ebenso können es sich jedoch beide nicht leisten, den Zustand des zerstrittenen Stillstands über längere Zeit weiter aufrecht zu erhalten.

In der SPÖ sind diese Effekte – Unmut und Druck von der Basis – stärker ausgeprägt, hier hat die Obmann-Debatte um Alfred Gusenbauer bereits voll eingesetzt.

4. Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen

Planungssicherheit

In Niederösterreich bietet das regionale politische Umfeld für Entwicklungen und lokale Projekte in den nächsten Jahren Konstanz und hohe Planungssicherheit. Unverändert hoch bleibt aber auch der parteipolitische Einfluss auf Projekte und weitere wirtschaftspolitische Entscheidungen im Bundesland.

Trotz vermeintlich „italienischer Verhältnisse“ führen bundespolitische Unsicherheiten nicht zu Unregierbarkeit und nur für wenige Unternehmen tatsächlich zu Verzögerungen. Die Realverfassung Österreichs, der Einfluss der Länder und die weitgehend politikunabhängige Konstruktion der Ministerialbürokratie führen dazu, dass „politischer Stillstand“ in Österreich lediglich „business as usual“ bedeutet. Sollte es zu vorzeitigen Neuwahlen kommen, liegen Entscheidungen der Bundespolitik, insbesondere bei der Gesetzgebung, bis nach der Bildung einer neuen Regierung für Monate auf Eis. Zwar mögen wichtige Reformen und die Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben dadurch verzögert werden, doch die für die Mehrheit der Unternehmen relevanten etablierten Prozesse der Politik und Verwaltung laufen weiter.

Politische Großwetterlage

Als Folge der NÖ-Wahl und als Vorbereitung auf den Bundeswahlkampf lassen sich bereits Veränderungen im politischen Gefüge erkennen:

- > Neupositionierung der SP: Der Druck auf die Bundespartei, sich wieder mehr um die „kleinen Leute“ und die sozialen Anliegen zu kümmern, steigt. Die SPÖ kann es sich ihrer Basis gegenüber nicht mehr leisten, einer Steuerreform zuzustimmen, bei der Unternehmen oder Spitzenverdiener zu den Gewinnern gehören. Weiters wird der Kampf gegen die „Folgen der Globalisierung“ an Bedeutung gewinnen. Die Chancen für Privatisierungen oder Börsengänge von öffentlichen Unternehmen sind noch weiter gesunken.
- > Die Kernthemen der FPÖ werden von den anderen Parteien wieder ernst genommen. Insbesondere das bereits überwunden geglaubte Ausländer-Thema könnte eine Renaissance erfahren. In diesem Fall ist mit nachteiligen Folgen für den Standort Österreich zu rechnen, da die restriktiven Ausländergesetze im Zusammenhang mit Arbeitsgenehmigungen, Aufenthaltsbewilligungen für Schlüsselkräfte und Familiennachzug schon derzeit das Land im internationalen Wettbewerb benachteiligen.
- > Die Grünen haben in NÖ angekündigt, sich auf ihre Kernthemen konzentrieren zu wollen. Das kann unter Umständen bedeuten, dass diese Partei wieder stärker auf Basis-Aktivismus setzt und Großprojekte auf stärkeren Widerstand

stoßen. Denkbar ist aber auch, dass der Fokus auf Kernthemen durchgeführt wird, ohne dass die Linie der rationalen, dialogbereiten Politik, für die die Grünen in den letzten Jahren standen, deshalb verlassen wird.

Für Public Affairs-Verantwortliche wird es in den nächsten Monaten unerlässlich sein, die Besetzung neuer und bekannter Themen durch SPÖ, FPÖ und Grüne genau zu beobachten. Es kann davon ausgegangen werden, dass es zunächst nicht notwendig ist, sofort auf Änderungen zu reagieren, jedoch müssen die Verschiebungen politischer Positionierungen für weitere Planungen frühzeitig berücksichtigt werden.

Public Affairs Management in Wahlkampfzeiten

Während der Phase der Wahlkampf vorbereitungen öffnet sich für einige Wochen ein Zeitfenster für Interessensvertreter – die Strategen der Parteien sind auf der Suche nach Inhalten, zudem werden mögliche künftige Entwicklungen auf ihr Wahlkampfpotenzial abgeklopft. In den Wochen des heißen Wahlkampfs sind Entscheidungsträger und deren Sekretariate kurzfristig nicht an einem Dialog mit Unternehmen und Verbänden interessiert. Interessen können erst wieder kurz nach der Wahl parallel zu den Koalitionsverhandlungen (sehr schwierig) und nach Aufnahme der Regierungsarbeit eingebracht werden.

Wahlkämpfe bilden überdies ein ungünstiges politisches Umfeld für potenziell kontroversielle Projekte. Insbesondere Infrastrukturprojekte können dadurch Verzögerungen erfahren oder in unerwartete politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden.

In Sondersituationen können größere, exponierte, staatsnahe Unternehmen und ihr Management als Thema plötzlich in den Wahlkampf hinein gezogen werden. In diesem Fall muss politisch reagiert werden. Mediale Reaktionen von Unternehmen sind gerade im Wahlkampf kontraproduktiv.

Die traditionelle Achse Wien-Niederösterreich

Die Achse der mächtigen Landeshauptmänner Erwin Pröll und Michael Häupl (Wien) scheint nach der Wahl noch gestärkt. Beide gewinnen an Gewicht innerhalb

ihrer Parteien. Bei allen großen politischen Entscheidungen wird ihr Einfluss zunehmen, überdies werden bundesländerübergreifende Entscheidungen weiter auf dieser Ebene abgestimmt.

Einfluss der ÖVP-Niederösterreich

Wegen des gestiegenen Einflusses der Landespartei um Erwin Pröll wird auch die Position der schwarzen Landespartei zu überregionalen Infrastrukturprojekten noch stärker als bisher durchschlagen. Von der ÖVP präferierte Projekte werden berücksichtigt und ausgebaut werden. Dabei hat das Land weiterhin eine starke Position gegenüber dem Bund. Investitionswünsche des Landes wird der Bund schwer abschlagen oder auf die lange Bank schieben können. Das Umfeld bleibt günstig für das hochrangige Straßennetz und den Bahnausbau in Niederösterreich. Es bleibt offen, ob es zu einer Lösung beim Projekt Semmering-Basistunnel kommen wird. Aus der Position der Stärke heraus kann das Projekt durch die VP bis nach 2013 verzögert werden. Aber auch eine Beschleunigung mit Zugeständnissen und daher ohne Gesichtverlust für den Landeshauptmann ist denkbar.